

Pödelwitz – unser Heimatdorf

Pödelwitz ist ein Bauerndorf in der fruchtbaren Leipziger Tieflandsbucht, etwa 20 Kilometer südlich von Leipzig. Prähistorische Funde belegen, dass die Region uraltes Siedlungsgebiet ist. Unsere wunderschöne Kirche stammt aus dem 13. Jahrhundert. Ihr heutiges Aussehen mit der weithin sichtbaren geschwungenen Turmhaube erhielt sie durch eine barocke Umgestaltung vor etwa 250 Jahren. Über viele Jahrhunderte dominierte die Landwirtschaft, wovon gepflegte Vierseitenhöfe und Fachwerkbauten zeugen.

Pödelwitz hat heute etwa 130 Einwohner und gehört zu der Stadt Groitzsch. Im Ort gibt es eine Firma, die Formsand für Gießereien fördert, einen Metallverarbeitungsbetrieb, einen Betrieb für Hydrauliksysteme und Industriebehör, einen Betrieb für Landschafts- und Gartenbau sowie mehrere Landwirte. Zu DDR-Zeiten war Pödelwitz schon einmal von der Braunkohle bedroht – mit der Wende wurden diese Pläne zum Glück aufgegeben. In den vergangenen zwanzig Jahren wurde viel historische Bausubstanz saniert, mehrere schicke Eigenheime sind entstanden, die Bevölkerung hat sich spürbar verjüngt.



Freiwillige Enteignung – wie MIBRAG und Landesregierung uns kaputt machen wollen

Der Braunkohletagebau befindet sich schon lange in direkter Nachbarschaft zu Pödelwitz. 1999 nahm Vattenfall das neue Kraftwerk Lippendorf in Betrieb, welches von der Mitteldeutschen Braunkohle AG (MIBRAG) mit Braunkohle aus dem Tagebau Vereinigtes Schleenhain versorgt wird. Zu diesem Tagebau gehören die drei Abbaufelder Schleenhain, Peres und Groitzscher Dreieck mit einer Laufzeit von etwa 40 Jahren, die durch die sächsische Landesregierung in einem Braunkohleplan genehmigt wurden.

Seit Verkündung der Energiewende versucht die MIBRAG, die Grenzen ihrer Abbaufelder über den Braunkohleplan hinaus auszudehnen. Entgegen den erklärten Zielen der Energiewende geschieht das unter dem Vorwand, die Braunkohle werde als "Partner" der erneuerbaren Energien durch den Wegfall der Atomenergie in besonderer Weise benötigt. Weil die 2005 gegen lang anhaltenden Widerstand der Einwohner durchgesetzte Vernichtung von Heuersdorf (im Abbaufeld Schleenhain) für die MIBRAG zu einem gravierenden Imageschaden führte, hat das Unternehmen seine Herangehensweise freilich grundlegend geändert.

In Pödelwitz, das an das künftige Abbaufeld Peres angrenzt, wurde zunächst die Angst vor angeblich unvermeidbaren Lärm- und Staubbelastungen geschürt, dann ein finanziell attraktives Angebot für die freiwillige Umsiedlung unterbreitet und schließlich eine Gruppe von Einwohnern massiv unterstützt, die sich für Annahme des Angebotes stark machte. Als Reaktion auf das von ihr entfachte Verlangen setzte die MIBRAG daraufhin einen Moderator ein und gab eine Studie in Auftrag, welche wunschgemäß zu dem Ergebnis kam, dass eine große Mehrheit der Dorfbevölkerung der freiwilligen Umsiedlung positiv gegenüber steht. Gleichzeitig nahm die sächsische Landesregierung Pödelwitz als Vorbehaltsgebiet in den Braunkohleplan auf und übte Druck auf die Stadt Groitzsch aus, so dass der Stadtrat einem von der MIBRAG ausgearbeiteten Umsiedlungsvertrag für Pödelwitz im Mai 2012 zustimmte. Mit der Modifizierung des Braunkohleplans und dem Stadtratsbeschluss sind nunmehr erste Vorkehrungen getroffen, um diejenigen Einwohner zu enteignen, die nicht freiwillig gehen wollen.

Die Vernichtung von Pödelwitz ist jedoch im Braunkohleplan nach wie vor nicht vorgesehen und ist auch zur Realisierung der genehmigten Abbaufelder technisch in keiner Weise erforderlich. Es geht der MIBRAG lediglich darum, das Kraftwerk Lippendorf aus dem Abbaufeld Peres zwei Jahre länger (voraussichtlich in den Jahren 2028-30) mit der unter unserem Dorf liegenden Braunkohle versorgen zu können, bevor der

Bagger dann in das (nach Braunkohleplan letzte) Abbaufeld Groitzscher Dreieck versetzt wird.

Das Problem für die MIBRAG ist nur, dass wir unser 700 Jahre altes Dorf nicht für zwei Jahre dreckige Energie aufgeben werden. Wir haben uns einen Rechtsbeistand genommen und sind entschlossen, zu bleiben.



Die nachfolgende Chronologie der Ereignisse dokumentiert, wie MIBRAG und Landesregierung in Pödelwitz vorgegangen sind:

2008 wurde eine Bürgerkontaktgruppe gegründet, die in Zusammenarbeit mit der MIBRAG Schutzmaßnahmen gegen die zu erwartenden Lärm- und Staubbelastungen durch das künftige Abbaufeld Peres für Pödelwitz koordinieren sollte. Sie plante mit Vertretern der MIBRAG unter anderem Schutzpflanzungen rund ums Dorf. Auf der Tagebauseite stellte die Kirche für diesen Zweck Flächen zur Verfügung, auf denen aber bis heute noch kein Baum steht.

Im August 2009 fand für alle Einwohner von Pödelwitz in den neu erbauten Anlagen am Abbaufeld Peres eine Informationsveranstaltung statt, in der die MIBRAG über mögliche Einschränkungen der Lebensqualität unterrichtete. Dabei wurde durch den Technischen Leiter des Tagebaues Andreas Günther darauf hingewiesen, dass es zu kurzfristigen Lärm- und Staubbelastungen über das gesetzlich vorgeschriebene Maß kommen kann, die aber aufgrund einer Ausnahmeregelung in der TA Lärm geduldet werden müssen. Aber er versprach, dass Überschreitungen nur in seltenen und unabwendbaren Fällen erfolgen. Da Pödelwitz im Westen des künftigen Abbaufeldes liegt, seien aufgrund der vorherrschenden Windrichtung keine extremen Belastungen zu erwarten.

Von einigen Pödelwitzer Einwohnern wurden damals starke Bedenken vorgebracht. Daraufhin bot die MIBRAG zwei Besichtigungstouren in ihren Tagebau an, wo die Geräuschkulisse der Schaufelradbagger demonstriert wurde. Bei einer weiteren Begehung der Schutzpflanzungen durch die Bürgerkontaktgruppe und Mitarbeiter der MIBRAG äußerten die Einwohner erneut ihre Bedenken. Diesmal erklärten die Mitarbeiter der MIBRAG, dass sich der Lärm- und Staubschutz in der Tat sehr schwierig gestalten und überraschten mit dem Vorschlag, den Problemen durch eine gemeinsame freiwillige Umsiedlung aller Einwohner von Pödelwitz aus dem Weg zu gehen, und zwar zu den finanziell relativ guten Konditionen des Heuersdorfgesetzes.

Spätestens von da an unterstützte die MIBRAG aktiv diejenigen Einwohner, die eine Diskussion über die Umsiedlung ins Dorf trugen. Da damals in Pödelwitz noch kein schnelles Internet verfügbar war, schickte die MIBRAG den Einwohnern das komplette Heuersdorfgesetz auf dem Postweg zu. Im März 2010 gab sie eine Studie in Auftrag, um herauszufinden, wie viele Einwohner einer gemeinsamen freiwilligen Umsiedlung zustimmen würden. Auf einer Einwohnerversammlung im 4. Juni 2010 wurde das Ergebnis der Studie bekannt gegeben: 50 % waren für die Umsiedlung, 33 % unentschlossen und 17 % strikt dagegen.

Schon während der Erstellung der Studie wurde der Leiter des Westsächsischen Planungsverbandes, Prof. Andreas Berkner aktiv und stellte sich als "neutraler" Moderator für die Verhandlungen zwischen MIBRAG und Einwohnern zur Verfügung. Den Veröffentlichungen Berkners ist zu entnehmen, dass er stolz auf seine Arbeit für den Bergbau und die anschließende Rekultivierung der Landschaft ist. Auf einer der ersten Einwohnerversammlungen duzte er sich im Gespräch mit dem MIBRAG-Geschäftsführer Horst Schmidt. Da ihm selbst sein Fauxpas bewusst wurde, saßen beide in den folgenden Versammlungen im Podium weit auseinander, oder Schmidt saß in der ersten Reihe der Zuhörer. Was die Mitarbeit von Professor Berkner für uns Bürger, welche nicht umsiedeln wollen, bedeutete, ahnten wir damals aber noch nicht einmal im Ansatz.



Der erste Schachzug Berkners, in seiner Eigenschaft als Moderator, bestand darin, die Dorfbevölkerung gezielt in zwei Lager zu spalten. Weil man "so unterschiedliche Ansichten ohnehin nicht unter einen Hut bekommt", sollte die Bürgerkontaktgruppe nicht mehr zusammen arbeiten, sondern getrennt in einer Arbeitsgruppe, die gehen will, und einer, die bleiben will. Die Einwohner, die sich der Umsiedlung verweigerten, wurden immer so hingestellt, als wollten sie eine für das ganze Dorf gute Entwicklung verhindern. Damit war das ursprünglich gute Verhältnis der Dorfbewohner unwiederbringlich zerstört. Seitdem geht man sich aus dem Weg.

Der zweite Schachzug Berkners, diesmal in seiner Eigenschaft als Leiter des Westsächsischen Planungsverbandes, war, im Neuentwurf des Braunkohleplanes für den Tagebau vom 23. April 2010 Pödelwitz zum Vorbehaltsgebiet für den Braunkohleabbau zu erklären. 20 wahlberechtigte Bürger des Dorfes legten dagegen Einspruch ein und erklärten, dass sie auf keinen Fall gewillt sind, freiwillig umzusiedeln. Zu diesem Einspruch gab es am 7. Oktober 2010 eine öffentliche Anhörung, als deren Ergebnis unser Einspruch abgewiesen wurde. Damit fand der Absatz des Neuentwurfs, der Pödelwitz betrifft, seinen Weg in den aktuellen Braunkohleplan, der am 25. August 2011 von der sächsischen Landesregierung beschlossen wurde.

Der Absatz lautet wie folgt: "Im Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen dem Bergbautreibenden und den berührten Siedlungen, insbesondere der Ortslage Pödelwitz, wird empfohlen, Maßnahmen zum Lärm- und Staubschutz einschließlich deren Überwachung, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zur Entwicklung der technischen Infrastruktur, zu Wertverlusten beim Grundbesitz sowie über einen Ausgleich zur Minderung der Wohnqualität verbindlich in einem Kommunalvertrag zwischen MIBRAG mbh und Stadt Groitzsch unter Einbindung der betroffenen Bürgerschaft zu regeln. Dabei ist es sinnvoll, alle denkbaren Entwicklungsoptionen bis hin zu einer freiwilligen Umsiedlung in die Überlegungen einzubeziehen. Dem wird mit den Ausweisungen im Plan, insbesondere mit der Ausweisung eines Vorbehaltsgebiets Braunkohleabbau (Abbaufäche) für den Bereich Pödelwitz gemäß Ziel 03 und Karte 03 Rechnung getragen."

Nach der Ablehnung unseres Einspruchs wussten wir, welche Rolle Professor Berkner für Pödelwitz spielt. In einer späteren Versammlung wurde er auf die Ablehnung unseres Einspruches und mögliche Rechtsmittel dagegen angesprochen. Dazu äußerte er sich wie folgt: Er habe sich bei der Ausarbeitung des Braunkohleplanes rechtlich nach allen Seiten abgesichert und wir könnten uns sicher sein, dass alles, woran er beteiligt ist, beim Oberbergamt Freiberg sowie bei der sächsischen Landesregierung bewilligt und abgesegnet wird. Dies warf für uns ein erschreckendes Bild auf die Vernetzung der einzelnen Institutionen und deren bedingungslose Unterstützung eines großen Unternehmens, ohne dass die betroffenen Bürger sich dagegen ernsthaft zur Wehr setzen könnten.

Am 15. Dezember 2010 begannen Verhandlungen über die Ausarbeitung eines Nachbarschaftsvertrages und eines Umsiedlungsvertrages zwischen der MIBRAG und der Stadt Groitzsch. Moderator war wieder Professor Berkner, Teilnehmer waren Mitarbeiter der MIBRAG, der Bürgermeister von Groitzsch Maik Kunze, die beiden Pödelwitzer Arbeitsgruppen "Gehen" und "Bleiben", Vertreter des Ortschaftsrates Großstolpen sowie ein weiterer Vertreter des Westsächsischen Planungsverbandes. Im Februar 2011 haben wir beim Bürgermeister einen Forderungskatalog für den Nachbarschaftsvertrag eingereicht. Dieser verschwand in seinem Schreibtisch und kam nie wieder zum Vorschein. Erstmals ahnten wir, auf wessen Seite der Bürgermeister stand.

Seit Bekanntgabe der Studie am 4. Juni 2010 versuchte die von der MIBRAG unterstützte Arbeitsgruppe "Gehen", die 33 % unentschlossenen Einwohner auf ihre Seite zu ziehen, um eine große Mehrheit für die Umsiedlung nach außen darstellen zu können, was auch gelang. Hauptargumente dabei waren die Lärm- und Staubbelastungen sowie die Höhe der Entschädigungszahlungen aus dem Heuersdorfgesetz. Dabei hätte es das Argument Lärm und Staub gar nicht geben dürfen, da die MIBRAG laut Rahmenbetriebsplan zur Umsetzung der Auflagen zum Lärm- und Staubschutz der betroffenen Ortschaften gesetzlich verpflichtet ist. Bei einigen vorher unentschlossenen Einwohnern spielten natürlich auch persönliche Gründe in der Familie eine Rolle.



Im Februar und März 2011 führte die für Liegenschaften verantwortliche MIBRAG-Mitarbeiterin Regina Meßinger in jedem Haushalt Gespräche, um festzustellen, wie sich die Einstellung der Einwohner zur freiwillige Umsiedlung seit Bekanntgabe der Studie entwickelt hat. Dabei zählte sie auch diejenigen, die ihr Grundstück hatten schätzen lassen, aber daraufhin nicht umsiedeln wollten, und diejenigen, die nicht die letzten im Dorf sein wollten, zur Gruppe der Umsiedler. Als Ergebnis der Gespräche veröffentlichte die MIBRAG, dass jetzt 90 % der Einwohner von Pödelwitz für die Umsiedlung wären.

Damit war Berkners große Stunde gekommen: Auf einer von der Arbeitsgruppe "Gehen" initiierten Bürgerversammlung am 4. August 2011 sprach er sich dafür aus, die Umsiedlung in Angriff zu nehmen. Auf die Frage, was mit denen geschieht, die nicht gehen wollen und ob diese jetzt enteignet würden, antwortete Bergner: "Die Erfahrung hat gezeigt, wenn ein Großteil der Bürger eines Dorfes umgesiedelt ist, schließt sich der Rest dieser Umsiedlung an." Zu dieser denkwürdigen Veranstaltung war kein Mitarbeiter der MIBRAG anwesend.

Am 20. September 2011 erhielt dann jeder Haushalt ein Schreiben, in dem die MIBRAG mitteilte, dass sie die bergrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Grundlagen für die Umsiedlung von Pödelwitz schaffen wird. Daraufhin hatten wir am 29. September 2011 einen Termin beim Oberbergamt Freiberg, um zu erfahren, was das für uns bedeutet. Am selben Tag nahmen wir Einblick in den druckfrischen Braunkohleplan im Landratsamt Borna. Für uns war wichtig, ob in dem Absatz zum Vorbehaltsgebiet Pödelwitz nach wie vor von einer freiwilligen Umsiedlung die Rede war. Dies war glücklicherweise immer noch der Fall.

Bei einem Gespräch mit Bürgermeister Kunze am 11. Oktober 2011 eröffnete uns dieser, dass der Stadtrat für einen Umsiedlungsvertrag stimmen werde, um dem Willen einer Mehrheit der Bürger von Pödelwitz gerecht zu werden. Ein Jahr zuvor hatte er noch öffentlich erklärt: "Wir halten uns die Option der Umsiedlung offen, aber nur, wenn alle Pödelwitzer zu 100 Prozent sagen: Ja wir wollen das." (Leipziger Volkszeitung vom 16./17. Oktober 2010). Bei dem Gespräch mit uns jedoch war er schon gefangen in seiner Entscheidung, gesteuert von wem auch immer.

Die Entscheidung im Stadtrat über den Umsiedlungsvertrag sollte im Dezember 2011 fallen, und wir unterrichteten jedes Mitglied des Stadtrates persönlich schriftlich, was das für uns bedeutet und welche Folgen das später für die anderen im Braunkohleplan genannten Orte haben könnte. Daraufhin wurde die Entscheidung des Stadtrates auf Januar 2012 verschoben, wo sie dann auch nicht zustande kam. Kunze hatte uns mitgeteilt, er bringe den Umsiedlungsvertrag erst zur Abstimmung, wenn er sich sicher sei, dass der Stadtrat für dessen Unterzeichnung abstimmt. Das war am 3. Mai 2012 der Fall: Der Stadtrat billigte einstimmig den Umsiedlungsvertrag.

Wie war es dazu gekommen? Zwischen November 2011 und Mai 2012 wurde der Stadtrat in mehreren Sitzungen von Mitarbeitern der Landesregierung, Mitarbeitern der MIBRAG und von Berkner bearbeitet, um dem Umsiedlungsvertrag zuzustimmen. Die Krönung des Ganzen war eine Sitzung des Bauausschusses am 15. März 2012, zu der der Technische Leiter des Tagebaues Andreas Günther die Entwicklung des Tagebaues anhand einer Präsentation darstellte. Er sagte, 2018 sei die letzte Ausbaustufe der Geräte erreicht und ab diesem Zeitpunkt werde die Lärmintensität für Pödelwitz ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen unerträglich. Die MIBRAG wolle aber einen zweistelligen Millionenbetrag nicht für Lärm- und Staubschutz ausgeben, son-

dem gleich für eine vernünftige Umsiedlung, für die sich ja auch eine Mehrheit der Bürger ausgesprochen habe. Der Stadtrat solle doch im Sinne dieser Mehrheit demokratisch entscheiden (Sitzungsprotokoll ist vorhanden). Wohlgemerkt: diese Ausführungen stammen von demselben MIBRAG-Mitarbeiter, der uns im August 2009 mitgeteilt hatte, es könne in seltenen Fällen zu kurzfristigen Lärm- und Staubbelastrungen kommen.

Immerhin konnten wir erreichen, dass der Stadtrat am 3. Mai 2012 nicht nur den Umsiedlungsvertrag beschloss, sondern auch ein Eckpunktepapier für einen Nachbarschaftsvertrag mit den anderen vom Tagebau betroffenen Orten der Stadt Groitzsch. Dieses Papier lehnte die MIBRAG jedoch rundweg ab und stellte unabhängig davon am 25. Mai 2012 beim Oberbergamt den Antrag auf Gewinnung von Braunkohle in der Ortslage Pödelwitz. Auf unser Anraten hin ging die Stadt Groitzsch dagegen in Widerspruch und beauftragte dafür den renommierten Frankfurter Rechtsanwalt Dirk Teßmer. Eine Zeit lang lagen die Gespräche auf Eis, dann schalteten sich das Wirtschaftsministerium, der Landrat und Professor Berkner ein und erreichten, dass die Vertragsparteien erneut verhandelten. Am Ende akzeptierte die Stadt einen von der MIBRAG vorgelegten nichtssagenden Nachbarschaftsvertrag.

Am 13. August 2012 schrieben wir an den sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich, schilderten ihm die Sachlage und die Art und Weise, wie man Pödelwitz gegen unseren Willen kaputt macht und baten ihn um Unterstützung. Als Antwort schrieb uns der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Jens Fiedler, dass im Rahmen der Umsiedlung von Pödelwitz eine entsprechende Lösung für unsere individuellen Bedürfnisse gefunden werde.

Am 23. Oktober 2012 genehmigte das Oberbergamt den Antrag der MIBRAG auf Gewinnung von Braunkohle in der Ortslage Pödelwitz. Und am 16. November 2012 wurden der Umsiedlungsvertrag und der Nachbarschaftsvertrag feierlich im Beisein des sächsischen Wirtschaftsministers Sven Morlock und des Landrates Dr. Gerhard Gey in Großstolpen von den MIBRAG – Geschäftsführern Horst Schmidt und Dr. Joachim Geisler, sowie vom Bürgermeister der Stadt Groitzsch Maik Kunze unterzeichnet und als richtungsweisend für die ganze Region gefeiert. Damit ist Professor Berkner wieder ein Husarenstück im Dienste seiner Duz-Freunde aus der MIBRAG-Führungsetage geglückt: Ab jetzt können Umzugswillige zu den ausgehandelten Konditionen Pödelwitz verlassen...

